

Universitätsstadt Gießen · Der Magistrat · Postfach 11 08 20 · 35353 Gießen

Herr Stadtverordneter
Thiemo Roth
CDU-Fraktion

Berliner Platz 1
35390 Gießen

■ Auskunft erteilt: Alexander Wright
Zimmer-Nr.: 02-022
Telefon: 0641 / 306-1017
E-Mail: alexander.wright@giessen.de

über Stadtverordnetenbüro

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom
25.06.2025

Unser Zeichen
II-32/AW-Mü

Datum
03.07.2025

Anfrage gemäß § 30 GO – ANF/2697/2025 – Öffentliche Grünfläche im Bereich Lahnstraße/Sachsenh. Brücke/Zu den Mühlen

Sehr geehrter Herr Roth,

Ihre Anfrage beantworten wir wie folgt:

„Wie zuletzt am 14. Juni in der Gießener Allgemeinen Zeitung berichtet wurde, gibt es seit über einem Jahr wieder ernsthafte Probleme in der öffentlichen Grünfläche im Bereich Lahnstraße/Sachsenhäuser Brücke/Zu den Mühlen. Täglich komme es bei größeren Ansammlungen zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, Drogenhandel, offenem Drogenkonsum, Bedrohungen und Beleidigungen von Anwohnern, Diebstählen, Sachbeschädigungen, Vandalismus, Alkoholismus und „grob störendem Verhalten.“

Dazu frage ich den Magistrat mit der Bitte um mündliche und anschließend auch schriftliche Beantwortung:

Frage:

Wusste der Magistrat vor dem Zeitungsartikel von den Zuständen, welche Einschätzung wurde dazu gemacht und welche Maßnahmen wurden über welche Zeiträume durch das Ordnungsamt und ggf. in Zusammenarbeit mit der Polizei ergriffen?

Antwort:

Der Magistrat wusste bereits vor dem Zeitungsartikel von den Zuständen, hatte die Lage bewertet und dementsprechend im Austausch und mit Unterstützung der Polizei seit den letzten Monaten den Kontrolldruck und die Präsenz im Bereich Sachsenhäuser Brücke / Zu den Mühlen mit uniformierten und zivilen Kräften entsprechend erhöht.

1. Zusatzfrage:

Wie kommt es, dass offenbar seit Monaten die Aufenthaltsqualität aller Anwohner und Anlieger inklusive des Seniorenheims nahezu täglich durch die eingangs beschriebenen Vorfälle so stark eingeschränkt wurde und dennoch durch den Magistrat die Möglichkeiten der Gesetzgebung und der Gefahrenabwehrverordnung nicht oder nicht ausreichend genutzt wurden, um dagegen vorzugehen?

Antwort:

Viele der eingangs beschriebenen Vorfälle sind mögliche Straftaten. Für deren Verfolgung ist die Polizei nicht nur zuständig, sondern auch rechtlich und fachlich ausgerüstet. Dies bedeutet jedoch nicht, dass sich das Ordnungsamt aus den Kontrollen herausgezogen hat. Vielmehr wurden auch von dort im Rahmen der Zuständigkeiten und personellen Kapazitäten entsprechende Streifengänge durchgeführt. Allerdings- und dies gilt für alle Behörden- müssen zur Verfolgung von Verstößen auch Beweise/Zeugenaussagen vorliegen. Gerade was die Urheberschaft von Vandalismus und der viel kritisierten Vermüllung angeht, kommt man regelmäßig an die Grenzen. Wenn die Ordnungskräfte nicht selber Zeugen des Verstoßes sind und sich sonst niemand als Zeuge zur Verfügung stellt, laufen alle Bemühungen den Verursacher zur Rechenschaft zu ziehen, ins Leere.

2. Zusatzfrage:

Welche Maßnahmen wie z. B. Videoüberwachung, Waffenverbot, mobile Wache, Durchsetzung der Abstandsregel zum nahegelegenen Kinderspielplatz bei Cannabiskonsum hat der Magistrat zur Lösung der Probleme in Betracht gezogen und wann werden sie umgesetzt?

Antwort:

Eine Videoüberwachung kann abschreckend auf Menschen wirken, die lieber im Dunkeln oder unerkannt bleiben möchten. Aus diesem Grund wurde bereits im März 2025 im Haupt- und Finanzausschuss öffentlich angekündigt, dass der Einsatz einer Videoüberwachung am Lahnufer geprüft werden soll. Darüber hinaus wird für diesen Bereich auch die Einrichtung einer Waffenverbotszone geprüft. Ebenso ist auch weiterhin der Einsatz der mobilen Wache vor Ort geplant. Auf die Durchsetzung der Abstandsregel zum nahegelegenen Kinderspielplatz bei Cannabiskonsum achten die eingesetzten Ordnungskräfte ohnehin.

Zusatzfrage der Fraktion:

Hat der Oberbürgermeister oder eine Vertretung den Termin vor Ort angenommen und wenn ja, welche Maßnahmen und Verbesserungen wurden bei diesem Termin für die Anwohner verabredet?

Antwort:

Als für das Ordnungsamt zuständiger Dezernent hat sich Herr Bürgermeister Wright dieser Aufgabe angenommen, auf den Offenen Brief angemessen geantwortet, Gesprächsbereitschaft signalisiert und zu einem organisierten Austausch gemeinsam mit der Polizei eingeladen.

Ein Anwohner hat in Vertretung der anderen geantwortet und einen gemeinsamen Termin begrüßt. Diesen bereiten wir gerade vor.

Mit freundlichen Grüßen



Alexander Wright
Bürgermeister

Verteiler:

Magistrat
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
CDU-Fraktion
SPD-Fraktion
Fraktion Gießener LINKE
Fraktion Gigg+Volt
FDP-Fraktion
AfD-Fraktion
FW-Fraktion